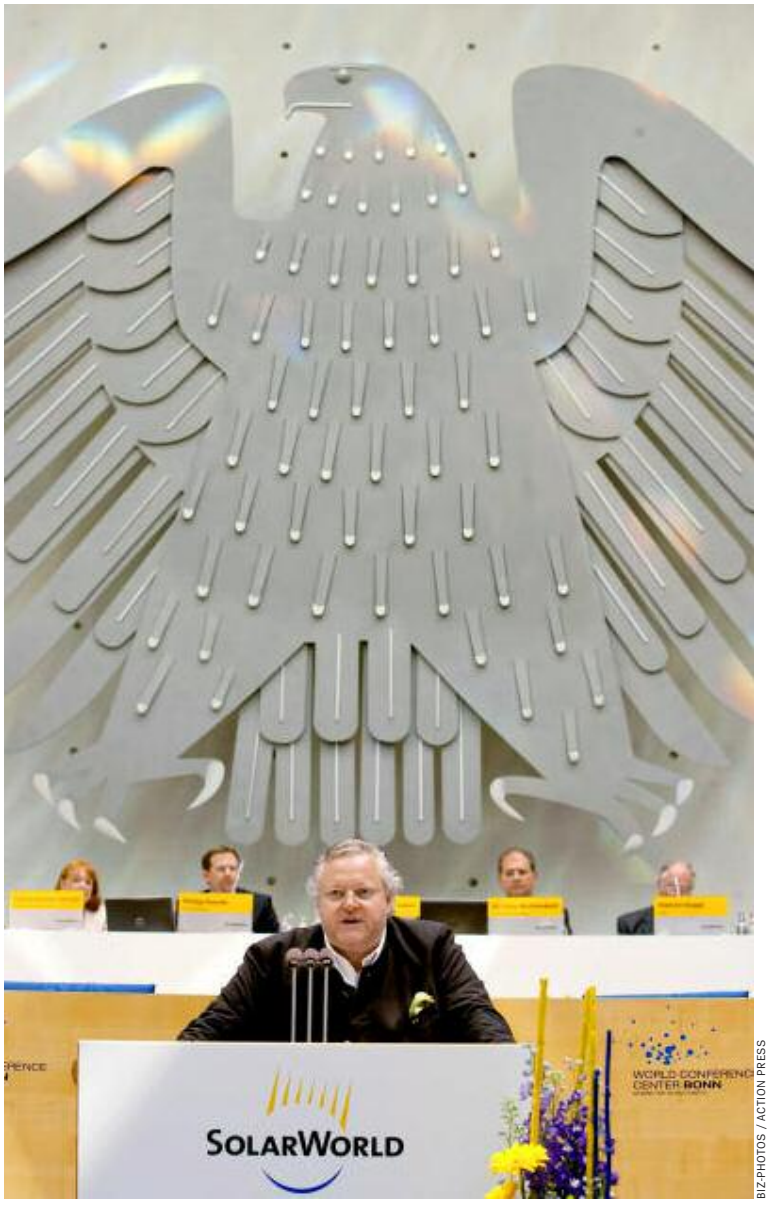
ENERGIE

Ein sonniges Geschäft

Die Politik findet nicht die Kraft, sich der Macht der Solarlobby zu widersetzen. Auf Kosten der Verbraucher werden Milliarden in die ineffiziente Photovoltaik gesteckt.

Der neue Umweltminister Peter Altmaier (CDU) war gerade seit einer Woche im Amt, da reiste er auch schon nach Bonn, ein dringender Termin. Ihn erwarteten wichtige Vertreter der deutschen Ökostrombranche, etwa Frank Asbeck, Chef der Bonner Solarworld AG. Die Lobbyisten hatten etwas zu besprechen, das keinen Aufschub duldete. Es ging um die Frage, wie es mit ihren Subventionen weitergeht.

Die Folgen der Geheimverhandlung werden den Bürgern demnächst per Stromrechnung mitgeteilt: Es wird, mal wieder, teurer; dabei zahlen die Deutschen schon heute die zweithöchsten Strompreise in ganz Europa. Bis zu 175 Euro extra muss eine dreiköpfige Familie nächstes Jahr voraussichtlich bezahlen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu finanzieren. Hauptkostentreiber ist die Photovoltaik – und die verfehlte Förderpolitik der Regierung. Nachdem sich Umweltminister Altmaier zur Freude der Solarindustrie entschieden hat, ausgerechnet die teuerste und hierzulande ineffektivste Technologie auch in Zukunft mit den meisten Subventionen zu päppeln, rechnet die Branche mit weiteren Wachstumsrekorden.



BIZ-PHOTOS / ACTION PRESS

Solarunternehmer Asbeck: *Spendendinner für die FDP*

Altmaiers Zugeständnisse an die Solarlobby sind umso erstaunlicher, als die Regierung doch eigentlich verkündet hatte, die Subventionen deutlich kürzen zu wollen. War nicht geplant, den Ausbau bei der Photovoltaik auf ein vernünftiges Maß zu verringern? Und hatte nicht Altmaier selbst, als er noch Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion war, davor gewarnt, dass bei der Solarförderung „jede Woche, jeder Monat länger mit Mehrbelastungen in Milliardenhöhe“ einhergehe?

Doch in seiner neuen Funktion als Minister stellt sich die Sache offenbar anders dar. Als Altmaier vergangene Woche mit den Vertretern der Bundesländer zusammensaß, um abschließend über die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu verhandeln, war von Kürzungen kaum noch die Rede. Am Ende einigte sich die Runde auf ein Konzept, das den Forderungen der Solarbranche weit entgegenkommt, den Stromkunden jedoch neue Milliardenlasten aufbürdet. Bis zu 25 Gigawatt Solarpower sollen in den nächsten Jahren zusätzlich installiert und gefördert werden. Damit würde sich der derzeitige Bestand nahezu verdoppeln. „Das ist ein Kompromiss zu Lasten Dritter“, sagt der Energieexperte Holger Krawinkel von der Verbraucherzentrale Bundesverband, „ein verheerender Einstand für den neuen Umweltminister Peter Altmaier.“

Wie weit sich die schwarz-gelbe Koalition von ihren selbstgesetzten Zielen entfernt hat, zeigt eine neue Studie des Energiewissenschaftlers Georg Erdmann von der Technischen Universität Berlin. Der Experte hat ausgerechnet, wie sich die jüngsten Veränderungen am EEG bis zum Jahr 2030 auswirken werden.

Erdmann geht davon aus, dass die Förderung der Erneuerbaren einschließlich Netzausbau die Stromverbraucher mit deutlich über 300 Milliarden Euro belasten wird. Der Ökoaufschlag bei der Stromrechnung, die sogenannte EEG-Umlage, werde demnächst stark steigen. Derzeit beträgt dieser Soli zur Förderung der erneuerbaren Energien 3,59 Cent pro Kilowattstunde. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte eigentlich versprochen, ihn auf 3,5 Cent zu begrenzen. Erdmann indes rechnet in seiner Expertise mit einem Anstieg der EEG-Umlage auf „über 10 Cent pro Kilowattstunde“, also fast das Dreifache dessen, was die Kanzlerin zugesagt hat.

Die Studie ist auch deshalb so interessant, weil Erdmann Mitglied der Expertenkommission ist, die die Bundesregierung vor einigen Monaten zur Überwachung der Energiewende eingesetzt hat. Zwar soll die Kommission erst gegen Ende des Jahres ein erstes Urteil abgeben. Doch schon jetzt ist klar, dass Erdmann die Solarförderung als Gefahr für den Atomausstieg ansieht.

Die Photovoltaik droht der teuerste Irrtum der deutschen Umweltpolitik zu werden. Etwa neun Milliarden Euro kassieren die Solarpark-Betreiber und Hausbesitzer mit Solarplatten auf dem Dach vor-

aussichtlich in diesem Jahr, tragen aber kaum vier Prozent zur Stromversorgung bei, und das auch noch zu unberechenbaren Zeiten. Nachts stellen sämtliche Solarmodule auf einen Schlag den Betrieb ein; im Winter erzeugen sie auch tagsüber kaum Strom. Im Sommer hingegen steht zur Mittagszeit mitunter sogar viel zu viel Strom zur Verfügung, ohne dass es genug Speicherkapazitäten gäbe. Und auch die Verteilnetze sind nicht darauf ausgelegt, dass Tausende Photovoltaik-Besitzer mal Strom abzapfen und mal einspeisen.

Damit die Lichter nicht ausgehen, muss Deutschland immer wieder Atomkraft aus Frankreich und Tschechien importieren. Der Stromnetzbetreiber Tennet griff bereits auf eine Notreserve zurück: Ein betagtes Ölkraftwerk in Österreich wurde hochgefahren, um den Ausfall der Sonnenkraft zu kompensieren.

Solarlobbyisten beeindrucken die Öffentlichkeit gern mit großen Zahlen über die theoretische Leistungsfähigkeit ihrer Produkte. Und tatsächlich kommen alle installierten Anlagen – theoretisch – auf über 25 Gigawatt Leistung, gut der doppelten Kraft aller noch verbliebenen deutschen Atomkraftwerke.

Bedauerlicherweise bringen die Solaranlagen ihre Spitzenleistung jedoch nur bei optimaler Bestrahlung, perfektem Zenitwinkel und idealer Modultemperatur, also unter Laborbedingungen. In der Realität erzeugt die gesamte Photovoltaik weniger Strom als zwei Atomkraftreaktoren. Und selbst diese kann sie nicht ersetzen, solange es nicht genug Stromspeicher gibt. Die Angabe der Spitzenleistung von Photovoltaik-Anlagen führe zu Missverständnissen, schreibt die Deutsche Physikalische Gesellschaft in einem Gutachten: „Photovoltaik kann grundsätzlich keine anderen Kraftwerke ersetzen.“ Im Prinzip muss jede Solaranlage durch ein konventionelles Reservekraftwerk abgesichert werden, eine teure Doppelstruktur.

Auch viele Naturschützer sind längst der Ansicht, dass die Solarförderung drastisch gekürzt werden sollte – im Interesse der Umwelt. Trotz des Preisverfalls bei den Solarmodulen ist die Photovoltaik noch immer die hierzulande ineffizienteste Technologie bei den erneuerbaren Energien, wird aber am stärksten gefördert. Auf sie entfallen fast 50 Prozent der gesamten Ökostrom-Subventionen, aber nur 20 Prozent der geförderten Energie.

Bei der Windenergie sind die Relationen umgekehrt. Für gleiches Geld liefert Wind gut fünfmal mehr Strom als die Sonne, Wasserkraftwerke liefern sechsmal mehr, Biomassekraftwerke immerhin dreimal so viel. Dementsprechend gering ist der Beitrag der Photovoltaik zum Klimaschutz, wie Berechnungen des Magdeburger Umweltökonomen Joachim Weimann zeigen. Um eine Tonne CO_2 einzusparen, könne man demnach 5 Euro für die Dämmung eines alten Gebäudedachs ausgeben, 20 Euro in ein neues Gaskraftwerk investieren oder rund 500 Euro in eine Photovoltaikanlage stecken. Der Nutzen fürs Klima sei in allen Fällen gleich. „Unter Klimagesichtspunkten handelt es sich bei jeder Solaranlage um eine Fehlinvestition“, so Weimann.

CHRISTIAN MANG / ACTION PRESS

Umweltminister Altmaier: *Noch mal ins Gebet genommen*

ANDREE KAISER / CARO

Solardächer: *Teuerster Irrtum der deutschen Umweltpolitik*

Der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenrat für Umweltfragen warb bis zuletzt vergebens dafür, den Ausbau der Solardächer zu deckeln, um die Folgekosten in den Griff zu bekommen. Die Photovoltaik hat zuletzt eine extreme Konjunktur erlebt, regelrechte Auswüchse, so der Umweltweise Olav Hohmeyer. Die Akzeptanz der Erneuerbaren sei bereits gefährdet, noch bevor die Energiewende wirklich begonnen habe. Und sogar Greenpeace ist mit der Entwicklung unzufrieden. Die Umweltorganisation fürchtet einen Sprint um die verbleibenden Fördergelder. „Diese Entscheidung ist gefährlich“, kommentierte der zuständige Energieexperte Niklas Schinerl die Verhandlungsergebnisse des Vermittlungsausschusses am vergangenen Mittwoch. Die Kosten würden unnötig in die Höhe schnellen: „Das bedroht die Akzeptanz der Energiewende und gefährdet letztendlich das ganze Erneuerbare-Energien-Gesetz.“

Durchgesetzt haben sich – wieder einmal – die Lobbyisten der Solarindustrie. Geübt darin, ihre wirtschaftlichen Interessen im Mäntelchen hehrer Umweltschutzziele zu verstecken, klapperten sie noch am Dienstag vergangener Woche die Vertreter von Bund und Ländern im Vermittlungsausschuss ab, um diese für sich einzunehmen. Auch Umweltminister Altmaier wurde noch mal ins Gebet genommen, wie es der Vertreter eines großen Solarherstellers ausdrückte.

Erst kippte eine Regelung, die den Abstand zwischen großen Solarparks auf mindestens vier Kilometer festgeschrieben hätte. Stattdessen gilt nun ein Mindestabstand von nur noch zwei Kilometern. Die treibende Kraft hinter dieser Änderung war der ehemalige Kohlekonzern RAG, der auf Abraumhalden im Saarland große Solarfelder errichten möchte. Durch den kürzeren Mindestabstand lassen sich auf gleicher Fläche nun deutlich mehr Anlagen unterbringen.

Saarlands Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hatte den Änderungsvorschlag in die Verhandlungen eingebracht. Dass auch der Umweltminister aus dem Saarland stammt, dürfte der Sache nicht geschadet haben.

Einen großen Erfolg erzielte auch Solarworld-Chef Asbeck. Seit Wochen

hatte er bei den Politikern darauf gedrängt, die kleinen und mittleren Solaranlagen von den Kürzungen möglichst auszunehmen. Also genau jene Anlagen, die Asbeck zufälligerweise selbst herstellt und mit deren Hilfe er es binnen wenigen Jahren zum millionenschweren Schlossbesitzer, Rolls-Royce-Fahrer und Förderer zahlreicher Politiker gebracht hat. Und genau so kam es jetzt auch. Entgegen den ursprünglichen Kürzungsplänen taucht in der EEG-Novelle nun plötzlich eine neue Förderkategorie auf, die eine nur moderat gesenkte Vergütung für mittlere Hausdachanlagen vorsieht. „Asbeck pur“, so ein Verhandlungsteilnehmer.

Es ist ja nicht das erste Mal, dass Asbeck die Politik zu seinen Gunsten beeinflusst. Er ist Profiteur eines Subventionssystems, das er teilweise selbst geschaffen hat. Als im Jahr 2000 die rot-grüne Bundesregierung die milliardenschwere Förderung der Solarenergie beschloss, war Asbeck schon dabei. „Er half mit den Details, als wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz schrieben“, zitierte die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ den Grünen-Politiker Hans-Jörg Fell vor einiger Zeit. Mit Asbecks Hilfe habe man sich damals darauf geeinigt, jede Kilowattstunde Solarstrom mit „99 statt 44 Pfennig“ zu fördern.

Inzwischen hat Öko-Politiker Fell Gedächtnislücken („Ich kann mich nicht erinnern, dass ich das jemals gesagt habe“). Sicher ist aber, dass sich die Zusammenarbeit mit Asbeck auch für die Grünen finanziell auszahlte, jedenfalls solange sie im Bund an der Macht waren. Mindestens 40 000 Euro spendete Asbeck der Partei. Und auch für die Partei des SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber, ebenfalls Umweltexperte, fielen im Laufe der Zeit 75 000 Euro Wahlkampfspenden ab.

Seit dieser Legislaturperiode hat Asbeck ein Herz vor allem für die FDP. Im September 2009, zwei Wochen vor der Bundestagswahl, veranstaltete er in der Bonner Zentrale seines Unternehmens ein Spendendinner für die FDP und ihren Spitzenkandidaten Guido Westerwelle. Asbeck habe früh seine „guten FDP-Kontakte genutzt“, heißt es denn auch auf einer nur für Mitglieder zugänglichen Intranetseite des Solarwirtschaftsverbands, des Lobbyverbands der Branche.

Dementsprechend zufrieden zeigt sich Asbeck mit dem Resultat seiner Lobby-Offensive. „Die Entscheidung, insbesondere kleine und mittlere Anlagen stärker zu fördern, ist richtig“, so der Solarworld-Chef. Bereits nach seinem ersten Treffen mit Altmaier Ende Mai in Bonn hatte er es ja geahnt: Der neue Minister habe ein Händchen für Politik.

Alexander Neubacher, Catalina Schröder

PARTEIEN

Stütze oder Studium

Den Grünen steht ein Richtungsstreit bevor: Parteichef Cem Özdemir will mehr Geld in Bildung stecken und weniger in Umverteilung. Der linke Flügel rebelliert.

HC PLAMBECK

Spitzenpolitiker Özdemir: *„Der grüne Gerechtigkeitsbegriff ist einmalig“*

Wenn Cem Özdemir über die Sozialpolitik der Grünen spricht, ist ihm kein Wort zu groß. „Es ist schon in unserer Geburtsurkunde festgelegt, dass das Soziale eine wichtige Rolle spielt“, sagt er feierlich. „Der grüne Gerechtigkeitsbegriff ist einmalig.“

Der Bundesvorsitzende hat sich sorgfältig vorbereitet. In seinem Büro liegen die Konzepte akkurat gestapelt auf dem Kaffeetischchen, Özdemir hebt das jüngste Thesenpapier hoch und liest ein paar Forderungen ab. Die Sozialpolitik, so die Botschaft, ist bei den Grünen Chefsache. Analysen belegen seit Jahren, dass die Gerechtigkeit der zweitwichtigste Grund ist, grün zu wählen, gleich nach der Ökologie.

Zugleich ist die Sozialpolitik innerparteilich eines der heikelsten Themen. Auch sieben Jahre nach dem Ende der Regierungsbeteiligung leidet ein Teil der Partei noch am Erbe des rot-grünen Reformprojekts „Agenda 2010“. Die Hartz-Reformen werden im Ausland als Motor des deutschen Jobwunders bestaunt, bei den Grünen jedoch gelten sie bis heute als Makel und sozialpolitischer Sündenfall.

Doch nun will der Vorsitzende ausgerechnet den Geist der Agenda-Zeit wiederbeleben. Er möchte den Wunsch vieler Parteifreunde nach mehr Geld für die Sozialsysteme kontern und stattdessen mehr Mittel in Kitas, Schulen und Universitäten stecken. Für Özdemir ist Bildung die beste Sozialpolitik.

Geht es nach Özdemir, sollen die Grünen in die bürgerliche Mitte rücken und offen werden für Bündnisse mit der CDU. Geld für bessere Bildungschancen passt eher zu diesem Kurs als die Alimentierung sozial Schwacher.

Zwar ist eine Koalition mit der Union nach der Bundestagswahl 2013 praktisch ausgeschlossen, dazu ist der Widerstand